

Umfrage zur Schulstruktur

Berlin (ND-Amendt). Nur 31 Prozent der deutschen Bevölkerung sind für eine Abschaffung des gegliederten Schulwesens zugunsten eines integrativen Einheitsschulsystems, 63 Prozent sind dagegen und selbst unter den Anhängern von Grünen und Linkspartei bilden die Befürworter des gegliederten Schulsystems mit 48 bzw. 43 Prozent eine starke Minderheit. So lauten jedenfalls die gestern bekannt gegebenen Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des deutschen Philologenverbandes. In Haushalten mit schulpflichtigen Kindern ist laut Forsa die Zustimmung zur Einheitsschule mit 29 Prozent sogar noch geringer als bei der Gesamtheit der interviewten. Der Chef der Interessenvertretung der Gymnasiallehrer, Heinz-Peter Meidinger, wertete die Ergebnisse als ein »klares Signal für die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems und gegen die integrative Einheitsschule«.

Interessant ist allerdings, dass in der Fragestellung von Forsa von einem »integrativen Einheitsschulsystem« oder dem »gegliederten Schulsystem« gar nicht die Rede war. Die 1007 Befragten wurden lediglich gefragt, ob sie für die Beibehaltung des bisherigen Schulsystems sind oder für die Einführung der Einheitsschule. Formulierungen wie »längeres gemeinsames Lernen« oder »integratives Schulsystem« fehlten in der Fragestellung gänzlich. Das könnte eine Erklärung dafür sein, wieso die Ergebnisse der aktuellen Forsa-Umfrage zum Schulsystem eklatant von denen abweichen, die das Institut Mitte August für die Zeitschrift »Eltern« ermittelte. Hier plädierten rund zwei Drittel der befragten Eltern von schulpflichtigen Kindern für das längere gemeinsame Lernen. »Eltern« hatte Forsa allerdings auch eine anders formulierte Fragestellung vorgegeben.

DPhV - Deutscher Philologenverband

24.09.2009 | 10:03 Uhr

Neue bundesweite repräsentative FORSA-Umfrage zur Schulstruktur und Bildungspolitik

Zwei Drittel gegen Abschaffung des gegliederten Schulwesens

Berlin (ots) -

Klare Mehrheit gegen Einheitsschule auch in den neuen Bundesländern

Auch Mehrheit der SPD-Anhänger gegen integratives Schulsystem

Nur 31 Prozent der deutschen Bevölkerung sind für eine Abschaffung des gegliederten Schulwesens zugunsten eines integrativen Einheitsschulsystems. Dies ergab eine repräsentative Umfrage bei 1007 Bundesbürgern im Auftrag des deutschen Philologenverbandes vor wenigen Tagen. Dagegen sind 63 Prozent der Befragten der Ansicht, das bisherige Bildungssystem sollte beibehalten werden.

Der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger wertete dies angesichts der auch im Bundestagswahlkampf von einigen Parteien erhobenen Forderung nach einer verpflichtenden Gemeinschafts- oder Gesamtschule und einem längeren gemeinsamen Lernen als klares Signal, dass die große Bevölkerungsmehrheit nicht hinter einer solchen Bildungspolitik steht und solche Bestrebungen nicht unterstützt. Besonders interessant ist die Tatsache, dass die Befürworter eines differenzierten, gegliederten Schulwesens besonders zahlreich unter der jungen Generation der 18- bis 29-Jährigen ist. Hier sind sogar drei von vier Jugendlichen gegen die Abschaffung der bisherigen Schularten und für das bisherige Schulsystem. Ebenso fällt auf, dass sich erstmals auch eine klare Mehrheit in den neuen Bundesländern (56 Prozent) für das nach der Wende eingeführte, nach Schularten gegliederte Schulwesen ausspricht.

Besonders groß ist die Zahl der Befürworter eines differenzierten Bildungswesens unter den Anhängern von [CDU](#) (72 Prozent) und [FDP](#) (78 Prozent), eher überraschend ist, dass sich auch eine

Mehrheit von SPD-Anhängern (55 Prozent) gegen den Beschluss des SPD-Parteitags stellt, das gegliederte Schulwesen in Deutschland zu überwinden. Bei den Anhängern der Grünen herrscht eine Pattsituation, selbst unter den Anhängern der Linken bilden die Verteidiger des gegliederten Schulwesens eine starke Minderheit (43 Prozent).

Bei der Frage danach, ob die Leistungsfähigkeit deutscher Schulen durch eine Einheitsschule verbessert werden könnte, ist die Mehrheit derer, die dies verneinen, noch eindeutiger. Sogar eine absolute Mehrheit der Grünen-Anhänger (53 Prozent) glaubt nicht daran, dass ein integratives Bildungssystem die Leistungsfähigkeit deutscher Schulen im internationalen Wettbewerb steigert.

"Die Botschaft dieser repräsentativen Umfrage ist eindeutig. Es gibt in Deutschland keine Mehrheit für die Abschaffung des gegliederten Schulwesens. Die meisten Bürger wollen auch weiterhin eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Bildungsangeboten und Schularten behalten. Jede Koalition, jede Partei, die in einem Bundesland gegen diese Bevölkerungsmehrheit in der Schulpolitik handelt, kann nicht auf Konsens setzen, sondern muss mit härtestem Widerstand rechnen.

Wer zukunftsweisende Reformen umsetzen will, muss sich auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität und der individuellen Förderungsmöglichkeiten sowie der Rahmenbedingungen in allen bestehenden Schularten kümmern. Daran werden die Bürger die Politik messen!", betonte der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger.

Ingrid Ritt Landesvorsitzende Landeselternverband Bayerischer Realschulen e.V.

Gegliedertes Schulwesen obenauf

Eindeutig beweist die aktuelle FORSA-Umfrage die Beliebtheit des gegliederten Schulwesens, stellt der LEV-RS fest. Vor allem stellt die Umfrage klar, dass die Bevölkerung in ihrer Mehrheit von utopischen Bildungsreformen genug hat und sich kein X für ein U vormachen lässt.

Eine klare Zweidrittelmehrheit ist der Überzeugung, dass die Einheitsschule keine Verbesserung der Leistungsfähigkeit unseres bewährten Schulwesens bringt. Die Menschen wissen, dass in einer Einheitsschule Kinder und Jugendliche nicht entsprechend individuell gefördert werden können.

Nachdem Bildung für die Mehrheit der Bevölkerung mehr denn je das wichtigste Thema ist, und gerade eine differenzierte Bildung für die Vielfalt von Leben und Beruf notwendig ist, sollten sich Politiker auch dafür einsetzen, anstatt realitätsfernen pädagogischen Irrlehren das Wort zu reden. Der Landeselternverband Bayerischer Realschulen fordert deshalb die Wähler auf, sich mit ihrer Stimme am kommenden Sonntag für unser erfolgreiches gegliedertes Schulwesen einzusetzen.

SPD-Bildungspolitik geht am Willen der Bevölkerung vorbei

Die FORSA-Umfrage belegt eindrucksvoll: Die Bildungspolitik der SPD geht am Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung vorbei. Die SPD will die Gymnasien, Haupt- und Realschulen abschaffen und dafür alle Kinder in Einheitsschulen stecken. Das hält die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen für falsch! Sogar unter den SPD-Anhängern lehnt laut der Umfrage die Mehrheit derartige Experimente ab

Die Parteispitze der SPD sollte endlich reagieren und sich von dem Gedanken der zwanghaften Gleichmacherei in der Schule verabschieden. Für die Union ist klar: Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen und muss auch dementsprechend gefördert werden.

Deshalb steht die Union für den Erhalt des gegliederten Schulwesens. Es hat sich sehr gut bewährt und darf nicht einfach den bildungspolitischen Experimenten der SPD geopfert werden.